

Neue Resolution wehrt sich gegen weitere Trasse

Kreisausschuss stimmt CDU-Antrag zu

Die aktuelle Planung sieht drei Konverterstationen vor. Sie benötigen jeweils 25 Hektar Fläche.

VON JULIUS HÖFFMANN

Kreis Cloppenburg. Für eine von der CDU-Kreistags-Fraktion beantragte Resolution gegen einen weiteren Stromtrassen-Korridor hat sich der Planungs- und Umweltausschuss bei zwei Enthaltungen ausgesprochen. Darin fordern die Politiker die Einstellung des bereits eingeleiteten Raumordnungsverfahrens. Die Umsetzung der aktuellen Planungen würdenden Bau von drei Konverterstationen erfordern und damit „zu einer nicht zu rechtfertigenden weiteren Belastung des Raumes führen“.

Das Problem: Die zurzeit heftig diskutierte 380-kV-Höchstspannungsleitung von Conneforde nach Merzen soll innerhalb des Landkreises Cloppenburg genutzt werden, um sie mit drei sogenannten Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungssystemen (HGÜ-Systeme) aus dem ostfriesischen Raum zu verbinden.

Für diese Verknüpfung sind drei Konverterstationen erfor-

derlich, die jeweils eine Fläche von rund 25 Hektar benötigen. Diese Anlagen sorgen für die Übertragung des Offshorestroms aus den ostfriesischen HGÜ-Systemen in die Höchstspannungsleitung, die den Strom weiter in Richtung Süddeutschland transportieren soll. Dies könne jedoch, so der Inhalt der Resolution, auch ohne Abzweig auf dem direkten Weg geschehen.

In dem Schreiben verweisen die Politiker auf die Stromverluste aufgrund der Übertragung. Darüber hinaus sei diese Lösung nicht die wirtschaftlichste. Vorallem aber lasse der angespannte Grundstücksmarkt für landwirtschaftliche Flächen im Landkreis die geplante Umsetzung nicht zu. Die erforderlichen Gebiete stünden nicht zur Verfügung oder „werden für eine weitere Verschärfung des Grundstücksmarktes führen“.

Man sei sich bewusst, dass eine Berücksichtigung der Resolution nicht unbedingt die als Erdkabel zu verlegenden HGÜ-Systeme im Landkreis ganz verhindern könnte. Aber es könnte dazu führen, „dass keine oder weniger Konverterstationen im Raum Cloppenburg notwendig wären“.